

Mein Bibelwort zur Corona-Schlagzeile

NZZ 08.04.20 – 1. Makkabäer 4,8:

«Fürchtet euch nicht vor ihrer großen Menge, und vor ihrem Ansturm erschreckt nicht!»

Protestwelle in Afrika: Europa muss den Unmut ernst nehmen Seite 10

Neue Zürcher Zeitung

NZZ – GEGRÜNDET 1780

Mittwoch, 8. April 2020 · Nr. 83 · 241. Jg.

AZ 8021 Zürich · Fr. 4.90 · €4.90



ARIEL SCHULTZ / AP

Riskante Gottesdienste

Religiöse Gemeinschaften rund um den Erdball haben sich in der Corona-Krise lange schwergetan mit der Schliessung von Gebetshäusern und dem Verbot von Festen (im Bild eine Christin vor der Grabeskirche in Jerusalem). Das hat zu gefährlichen Infektionsherden unter den Gläubigen geführt. Etwa in Iran, Israel oder im Einflussbereich der orthodoxen Patriarchen zeigen sich hohe Ansteckungsraten. *International, Seite 7*

EU bekundet Mühe mit Corona-Hilfspaket

Der Ruf nach Eurobonds erschwert den Konsens

CHRISTOPH G. SCHMUTZ, BRÜSSEL

Der EU fällt es nicht leicht, eine umfassende finanzielle Antwort auf die Corona-Krise zu finden. Das zeigt sich darin, dass die Staats- und Regierungschefs an ihrem virtuellen März-Gipfel nicht in der Lage waren, sich zu einigen. Vielmehr spielten sie den Ball – nach einer fast sechsstündigen Videokonferenz – wieder zurück an die Finanzminister. Diese haben am Dienstagabend telefonisch stundenlang um ein gemeinsames Hilfspaket gerungen, die Gespräche liefen bei Redaktionsschluss noch.

Im Vorfeld erläuterte Mario Centeno, worüber diskutiert wird. Der Portugiese ist der Chef der Euro-Gruppe,

welche die Finanzminister der Euro-Länder umfasst. Das zur Debatte stehende Hilfspaket soll mehr als 500 Milliarden Euro umfassen und drei Elemente haben.

Rom gegen Krisenfonds

Den grössten Beitrag soll der Euro-Krisenfonds ESM leisten. Über vorsorgliche Kreditlinien könnten Länder, die den Marktzugang zu verlieren drohen, bis zu 2 Prozent ihres Bruttoinlandsproduktes (BIP) an Hilfspaketen beantragen. Diese Möglichkeit stünde allen 19 Euro-Ländern offen. Diese Hilfe könnte gesamthaft bis zu 240 Milliarden Euro betragen und damit etwas mehr als die Hälfte der verfügbaren ESM-Kreditkapazität von 410 Milliarden Euro.

Rom wehrte sich jedoch vehement gegen den ESM, da man einerseits eine Stigmatisierung an den Finanzmärkten befürchtete und da andererseits das Instrument innenpolitisch unpopulär ist. Italien will keine strengen Reformauflagen akzeptieren, wie es Griechenland in der Euro-Krise tun musste.

Diesen Bedenken versuchte man Rechnung zu tragen. So gingen die Bestrebungen dahin, nur geringstmögliche Auflagen zu beschliessen. Der ESM-Chef Klaus Regling nannte im Vorfeld drei mögliche Bedingungen. Erstens dürfte das Geld nur für den Kampf gegen die Corona-Krise eingesetzt werden, zweitens müssten es die Länder eines fernen Tages zurückbezahlen, und drittens hätten sich die Schuldner an die EU-Haushaltsregeln zu halten. Letzteres müssen Mitgliedstaaten allerdings sowieso tun. Zwei Zückerchen sollen der

italienischen Regierung den Biss in den sauren ESM-Apfel schmackhaft machen. Die Europäische Investitionsbank (EIB) mit Sitz in Luxemburg ist der breiten Öffentlichkeit zwar nur wenig bekannt, doch sie wird von EU-Politikern gerne für die Lösung ihrer Probleme bemüht. Ihre Aktionäre, die 27 Mitgliedstaaten der EU, sollen zusätzlich total 25 Milliarden Euro einzahlen oder Garantien in dieser Höhe abgeben. Damit will die EIB über die Aufnahme von Schulden 200 Milliarden Euro an Investitionen mobilisieren. Das Geld soll – zusätzlich zu den nationalen Hilfen – an Firmen jeglicher Grösse fliessen, die unter den Folgen der Corona-Krise leiden.

Kommission für Kurzarbeit

Schliesslich hat Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen vergangene Woche die Idee eines Kurzarbeits-Fonds mit dem Namen «Sure» lanciert. Demnach soll es schon bald in jedem Land der EU Kurzarbeitsmassnahmen geben. Hat ein Land für den Auf- oder Ausbaubereich Instrumente Geld nötig, kann es Unterstützung aus dem 100 Milliarden Euro umfassenden Topf beantragen. Für «Sure» will die EU-Kommission Obligationen ausgeben. Diese sollen ebenfalls von Garantien der EU-Mitgliedstaaten abgesichert werden, und zwar proportional zum jeweiligen BIP.

Erschwert wurde eine Einigung auf das 500-Milliarden-Paket dadurch, dass etwa Rom nicht vom Ruf nach den höchst umstrittenen Eurobonds lassen wollte. Damit soll ein zusätzlicher Wiederaufbaufonds finanziert werden.

Spitäler erwarten Ansturm erst im Mai

Mehr schwere Fälle, aber noch genügend Intensivbetten

Der Höhepunkt der Corona-Welle hat die Schweizer Spitäler noch nicht erreicht. Er könnte später kommen als erwartet. In Zürich steht ein Notspital bereit. Landesweit wird die Zahl der Beatmungsplätze weiter erhöht.

JAN HUDEC, GEORG HÄSLER SANSANO

Es geht Berechnungen, «die davon ausgehen, dass wir den Peak der Bettenbelegung auf der Intensivstation erst Mitte Mai erreichen werden». Das sagte Peter Steiger, stellvertretender Direktor des Instituts für Intensivmedizin am Zürcher Universitätsspital, am Dienstag an einer Medienkonferenz. Die grosse Welle von Covid-19-Patienten dürfte also später kommen als ursprünglich erwartet. Schon jetzt stellen die Schweizer Spitäler aber fest, dass die schweren Fälle zunehmen. Weil die Patienten zwei bis drei Wochen auf der Intensivstation behandelt werden müssen, gehen sie davon aus, dass der Druck auf die Spitäler nun weiter steigen wird.

Der CEO des Zürcher Universitätsspitals, Gregor Zünd, sagte, man habe grossen Respekt vor dieser Situation. Auch wenn die grosse Welle noch nicht da sei, habe man nun weitere Vorkehrungen getroffen. Dazu gehört die Einrichtung eines Notspitals mit 60 Betten in den Turnhallen des Gymnasiums Rämibühl. Bei Bedarf würde dieses durch Hausärzte im Schichtbetrieb geführt, die sich freiwillig für die Aufgabe gemeldet haben.

Noch ist das Notspital nicht in Betrieb, «und wir hoffen auch nicht, dass es so weit kommt», sagte Zünd weiter. Derzeit reichen die Kapazitäten am Universitätsspital gut aus. Das Spital verfügt über 28 Betten auf zwei Intensivstationen, die ausschliesslich für Covid-Patienten reserviert sind. Weitere Stationen könnten zudem eröffnet und bis zu 100 Beatmungsplätze geschaffen werden.

Auch der Kanton Bern hat seine Kapazitäten mehr als verdoppelt. Vor der Krise konnten 100 Patienten gleichzeitig beatmet werden, jetzt sind es maximal 230. Laut den verantwortlichen Behörden wäre das bernerische Gesundheitssystem in der Lage, auch ein Szenario wie im Tessin zu bewältigen.

500 freie Beatmungsplätze

Die Kräfte der Schweizer Spitäler spiegeln sich auch in den Zahlen des Bundesamts für Gesundheit (BAG). Zurzeit stehen landesweit rund 1000 Intensivpflegeplätze mit Beatmungsgeräten zur Verfügung. Der Stand am Dienstag: Davon sind 412 Einheiten belegt. Somit verfügt das schweizerische Gesundheitssystem gegenwärtig über mehr als 500 freie Betten mit Beatmungsgeräten. «Glücklicherweise ist der Platz noch nirgends ausgeschöpft, glücklicherweise hat es überall noch genug Intensivbetten», sagte Daniel Koch, der Delegierte des BAG für Covid-19, am Dienstag vor den Medien. Meinte aber gleichzeitig warnend: «Das Problem ist bei weitem nicht gelöst.»

Nicht nur die Intensiv-Kapazitäten wurden in kürzester Zeit erhöht, mittlerweile kann auch mehr getestet werden. Das Zürcher Universitätsspital ist vor einer Woche mit der Massnahme vorgeprescht, alle eintretenden Patienten auf das Coronavirus zu testen. Nun liegen erste Ergebnisse dieses Versuchs vor: Zwischen dem 1. und dem 5. April wurden 276 Patienten getestet, davon waren 11 Personen positiv. Lediglich einer dieser Infizierten hatte keinerlei erkennbare Symptome.

Spitalschliessungen vom Tisch?

Viel zu reden geben derzeit auch die Antikörpertests. Es seien auf dem Markt mittlerweile sehr viele dieser Tests erhältlich, sagte Haldrych Günthard, stellvertretender Klinikdirektor am Institut für Infektionskrankheiten und Spitalhygiene des Zürcher Universitätsspitals. Diese Tests seien allerdings noch nicht ausreichend evaluiert worden. Allenfalls werde das BAG dazu Empfehlungen ab-

Corona-Pandemie

USA: Die Verlammsung nur Präsident Trump anzulasten, greift zu kurz. Seite 3

Kommentar: Italiens Bazooka könnte nach hinten losgehen. Seite 9

Sozialwerke: Die Krise setzt AHV und IV zu. Seite 12

Geburten: Mütter bleiben mit ihren Babys jetzt alleine im Spital. Seite 15

Arbeitsmarkt: In der Schweiz verlieren täglich 1900 Personen ihren Job. Seite 17

Buchhandel: Der Literaturbetrieb steht vor harten Zeiten. Seite 28

geben. «Wir wissen noch nicht, ob eine Person vor dem Virus geschützt ist, wenn wir bei ihr Antikörper feststellen können», sagte Günthard. Zur Frage, ob Wiederansteckungen möglich seien, brauche es Langzeitbeobachtungen. Zwar gingen Experten davon aus, dass nach einer Infektion ein partieller Schutz bestehe. Wie stark dieser sei und wie lange er anhalte, sei aber noch völlig unklar.

Den Spitalern ist es bis jetzt gelungen, auf die Krise zu reagieren, auch weil sie ihre Kapazitäten hochfahren konnten. Gerade die Überkapazitäten der Krankenhäuser standen in den letzten Jahren jedoch in der Kritik. Werden Spitalkonzentrationen und Schliessungen in der Zeit nach der Corona-Pandemie noch ein Thema sein? Die Krise werde die Diskussion über das Gesundheitssystem verändern, sagt Christian Schär, Präsident des Zürcher Spitalverbands, im Interview mit der NZZ. «Aber ich werde jetzt sicher nicht die Krise bemühen, um zu sagen, dass wir 500 Betten mehr in den Spitälern brauchen.» Noch sei ja nicht klar, ob und wie gut die Spitäler die Pandemie meistern würden. Im Nachgang werde man die Situation aber genau analysieren und dabei den Epidemiologen gut zuhören müssen.

Schweiz, Seite 11
Zürich und Region, Seite 14

ANZEE

PRAGER DREIFUSS
ATTORNEYS AT LAW

Employment & Pensions
www.prager-dreifuss.com

Redaktion und Verlag: Neue Zürcher Zeitung, Falkenstrasse 11, Postfach, 8021 Zürich, Telefon: +41 44 258 11 11, Leserservice/Abonnements: +41 44 258 10 00, www.nzz.ch
Wetter: 31, TV/Radio: 30, Traueranzeigen: 6, Impressum: 31



Pfr. Andrea Marco Bianca – bianca.ch/kirche/corona
Reformierte Kirchengemeinde Küssnacht – rkk.ch